

<p style="text-align: center;">Ratsherr Wruck (Antrag Nr. 1678/2005)</p>

Antrag des Ratsherrn Wruck zur Erarbeitung eines modifizierten Verkehrskonzepts für den Individualverkehr Hannovers

Antrag,

zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, unter Einbeziehung der Begutachtung durch die Polizeidirektion Hannover, des ADAC Hannover und der IHK Hannover ein modifiziertes Verkehrskonzept für den Individualverkehr zu erarbeiten und dem Rat bis zum 31.03.2006 zur Beschlussfassung vorzulegen.

Darin sollten enthalten sein:

- Die Abschaltung von Ampelschaltungen zu verkehrsarmen Tageszeiten.
- Der Abbau überflüssiger Ampeln.
- Die Einrichtung von „grüner Welle“, wo immer möglich.
- Die vermehrte Installation des „grünen Pfeils“.
- Die Aufhebung der meisten Straßensperrungen.
- Der Abbau überflüssiger Bus-Caps.
- Die Radarüberwachung lediglich zur Verringerung von Unfallgefahren

Begründung

Das derzeitige Verkehrskonzept in Hannover ist dem jetzigen Verkehrsaufkommen nicht mehr gewachsen, das vor allem durch eine Zunahme des Individualverkehrs gekennzeichnet ist. Dem ÖPNV hingegen stehen mit S-Bahn und Stadtbahn (U-Bahn) zwei gut ausgebaute, großenteils störungsunabhängige Verkehrsmittel zur Verfügung. Demzufolge sind in Zukunft vor allem Erleichterungen für den Individualverkehr zu schaffen.

Die derzeitigen Ampelschaltungen sind in vielen Fällen überholt; sie belasten die Umwelt und sind sowohl für die Stadt als auch für den Autoverkehr sehr kostenintensiv. Alle Ampeln, bis auf diejenigen auf Hauptverkehrsstraßen, können ab ca. 23:00 Uhr abgeschaltet bzw. zumindest auf Dauerblinklicht geschaltet werden.

Die Freischaltung von Kreuzungen für Busse und Bahnen bei gleichzeitiger Sperrung für alle anderen Verkehrsteilnehmer muss überprüft und kann vielfach reduziert werden. Das erleichterte Rechtsabbiegen per „grünen Pfeil“ kann ein Element der Verkehrsverflüssigung sein.

Durch die Aufhebung von Straßensperrungen können eine gleichmäßigere Nutzung des Straßennetzes erreicht und Einschränkungen des Handels beseitigt werden.

Bus-Caps werden in erster Linie als Verkehrshemmnisse im Straßenverkehr wahrgenommen und sollten deshalb abgebaut werden.

Die Radarüberwachung von Unfallschwerpunkten ist legitim und in vielen Fällen auch notwendig. Sie sollte jedoch gezielt und primär der Unfallvermeidung und allenfalls in zweiter Linie der Einnahmeverbesserung der Stadtkasse dienen. An weniger unfallträchtigen Orten im Stadtgebiet kann sie entfallen.

Gerhard Wruck
Ratsherr

Hannover / 29.08.2005